

## Der Bundestag erkennt Verbrechen an der jesidischen Religionsgemeinschaft als Völkermord an Trotzdem erhalten viele Jesidinnen und Jesiden kein Asyl

„Immer weniger jesidische Flüchtlinge aus dem Irak werden in Deutschland anerkannt. Dabei hat der Bundestag gerade erst gefordert, den Überlebenden des Völkermordes hier Schutz zu gewähren.“

Jesidische Flüchtlinge, die aus dem Irak nach Deutschland geflohen sind, haben immer schlechtere Aussichten, hier Schutz zu bekommen - und das, obwohl der [Bundestag](#) die Verbrechen an den Angehörigen der jesidischen Religionsgemeinschaft erst vor zwei Wochen als Völkermord anerkannt hat.

Nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) haben im vergangenen Jahr 5396 Jesidinnen und Jesiden aus dem Irak [Asyl](#) beantragt, doch 2420 dieser Gesuche lehnte das Amt ab. Es erkannte weniger als die Hälfte der irakischen Jesiden, über deren Schicksal es inhaltlich entschied, als Flüchtlinge an.

Das geht aus Tabellen hervor, mit denen das Bundesinnenministerium eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Clara Bünger beantwortete und die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegen.

### Die meisten Jesiden aus Syrien gelten weiter als schutzbedürftig

Während das Bundesamt demnach fast alle Jesiden, die aus Syrien nach Deutschland fliehen, weiterhin als schutzbedürftig einstuft, geht die bereinigte Schutzquote für jesidische Iraker seit Jahren zurück: 2017 bekamen noch 91,8 Prozent einen Schutzstatus, 2022 nur noch 48,6 Prozent.

Diese Zahlen stehen im Widerspruch zu der feierlichen Erklärung des Bundestags, in der die Parlamentarier erst Mitte Januar einstimmig und unter anhaltendem Beifall des Plenums die Verbrechen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) an Jesidinnen und Jesiden als [Völkermord](#) verurteilten. Vor allem im Jahr 2014 hatten IS-Kämpfer in Nordsyrien und im Nordirak mindestens 5000 Angehörige der Religionsgemeinschaft systematisch ermordet und Tausende Kinder und Frauen vergewaltigt und versklavt.“

Jan Bielicki in „Süddeutsche Zeitung“ vom 03.02.2023

(<https://www.sueddeutsche.de/politik/jesiden-asyl-voelkermord-1.57445479>)

### Mit einem Brief an die Bundesregierung fordert die Jüdische Landesgemeinde in Thüringen Schutz für die hier lebenden Jesiden - aus einem besonderen Anlass.

„Die **jüdische Landesgemeinde** setzt sich für ein dauerhaftes Bleiberecht der nach Deutschland **geflüchteten Jesiden** ein. Gerade mit Blick auf den bevorstehenden **Holocaustgedenktag** sei es der Landesgemeinde wichtig, auch an den **Völkermord** an den Jesiden zu erinnern, begründet der Vorsitzende Reinhard Schramm den Vorstoß.“

„Unseres Erachtens muss anerkannt werden, dass Jesidinnen und Jesiden einer Gruppenverfolgung ausgesetzt sind“, heißt es in einem Brief an die **Bundesregierung**. Menschen, die wegen ihres **Glaubens** verfolgt werden, sollten unbedingt **Schutz** erhalten.

„Wir sind dankbar für diese Unterstützung“, so der Vorsitzende der Jesiden-Gemeinde in Thüringen, Murad Murad. „Sie verstehen unsere Situation.“ Etwa 840 Jesiden leben allein in **Thüringen**, fast niemand habe **Asylstatus**, ihre Anträge werden wie die aller **Geflüchteten** aus dem Irak behandelt. Gerade erst habe er eine Familie besucht, die eine Absage erhielt und jetzt vor einer ungewissen Zukunft steht.“

Elena Rauch in /Thüringer Allgemeine“ vom 25.01.2023

(<https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/juedische-landesgemeinde-in-thueringen-fordert-bleiberecht-fuer-gefluechtete-jesiden-id237461479.html>)